

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 2.— Mk., von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 8-spaltige Zeile 25.— Mk., von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postbezugsstelle Danzig 1922. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 203

Mittwoch, den 30. August 1922

13. Jahrgang

## In Erwartung der Pariser Entscheidung.

Heute soll in Paris die Entscheidung fallen. Die Reparationskommission wird heute mit den Vertretern der Allierten und Deutschlands verhandeln. Man ist in Paris augenblicklich sehr optimistisch gestimmt und hofft eine Lösung zu finden, die einstimmig angenommen werden kann. So schreibt das französische Regierungsblatt „Temps“: Wir sehen bis jetzt noch keine Lösung, aber alle Hoffnungen auf eine Verständigung scheinen noch nicht verloren. Wenn es zum Beispiel gelingt, so führt das Blatt aus, von den verschiedenen Regierungen einerseits zu erlangen, daß Deutschland sehr strenge Bedingungen auferlegt werden, um seine Finanzen zu ordnen, und andererseits die Zustimmung zu einem Moratorium von genügend langer Dauer erfolgt, könnte man auf einstimmige Entscheidung für Donnerstag vormittag rechnen.

Nach einer Mitteilung der Agence Havas von gestern abend herrscht der Eindruck vor, daß die Delegierten der Reparationskommission hoffen, eine einstimmige Lösung zu finden. Die Mitglieder der Kommission seien sich darüber klar, daß ein Bruch der Einheit der alliierten Nationen im gegenwärtigen Augenblick um so schädlicher sein würde, als binnen wenigen Monaten eine viel wichtigere allgemeine Regelung der gegenwärtig zur Debatte stehenden Fragen erwartet werden könne.

Dagegen meldet der Pariser Verlecherkatter der „Times“, daß es nicht wahr sei, daß alle Mitglieder der Reparationskommission sich bereits eine feste Ansicht gebildet hätten. Der britische Standpunkt sei allerdings klar; es müsse wenigstens bis zum Ende dieses Jahres eine völlige Einstellung der deutschen Zahlungen stattfinden, und zwar ohne Auferlegung neuer Bedingungen. Der augenblickliche französische Standpunkt sei ebenfalls klar; es dürfe kein Moratorium geben ohne sogenannte produktive Pfänder; aber sowohl die Italiener als auch die Belgier seien noch unentschlossen.

Die Sitzung der Reparationskommission, an der der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium teilnimmt, findet heute vormittag 11 Uhr statt.

## Belgiens Vermittelungsvorschlag.

Wie die „Information“ meldet, hat der belgische Delegierte de la Croix Dubois nach der gestrigen Sitzung der Reparationskommission eine Lösung vorgeschlagen, wie sie gestern der „Temps“ als persönliche Anregung veröffentlicht hatte: Die Reichsbank soll durch monatliche Zahlungen einen gewissen Goldbestand, der einen Wert von 210 Millionen Goldmark darstellt, nach einer alliierten Bank schaffen, z. B. der Bank von England. Diese Bank würde der belgischen Regierung gleichwertige Kredite zur Verfügung stellen. Das deponierte Gold würde Eigentum der Reichsbank bleiben bis zur endgültigen Regelung der Frage der interalliierten Schulden und der deutschen Schuld.

Die Reichsregierung hat der Reparationskommission einen Plan unterbreitet betreffs Sicherung der Holz- und Kohlenlieferungen an die Allierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien. Die Reichsregierung hat über diesen Plan gestern mit den Vertretern des Kohlenbergbaus und der Holzindustrie verhandelt. Die Vertreter des Kohlenbergbaus erklärten sich damit einverstanden, als bald mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatrechtlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden Hugo Stinnes, Peter Mäcker, Dr. Silverberg und Direktor Lüben benannt. Ähnliche Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen. Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Berg-

arbeiterorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der Besprechungen ihre nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

## Abwartende Haltung Amerikas.

Im Weißen Hause in Washington wird erklärt, die amerikanische Regierung bleibe in Verhütung mit den europäischen Angelegenheiten in formeller und gleichmäßiger Weise und warte die Zeit ab, da sie Anteil an der Wiederherstellung der finanziellen Stabilität im Ausland nehmen könne. Harding sei der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, an einer internationalen Konferenz zur Lösung der finanziellen Probleme teilzunehmen. Er habe nicht die Absicht, Hoover in irgendeiner Eigenschaft nach Europa zu schicken, wie vorgeschlagen wurde.

## Einigungsverhandlungen in Deutschland.

Der gestrige Abend-„Vorwärts“ meldet: Die offiziellen Verhandlungen über die Einigung der beiden sozialistischen Parteien wurden heute von den beiden Zentralkomitees aufgenommen. Bis zur Schaffung eines allgemeinen Programms der vereinigten Parteien soll beiden Parteitagen ein gemeinsames Aktionsprogramm zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Zu der nächsten gemeinsamen Verhandlung der beiden Zentralkomitees, die auf den 4. September angesetzt ist, sollen von beiden Parteien Entwürfe zu einem Aktionsprogramm vorgelegt werden. Die offiziellen Verhandlungen der beiden Zentralkomitees hatten einen erfolgversprechenden Verlauf für die Einigung des sozialistischen Proletariats.

## Der Kampf gegen die Teuerung in Deutschland.

Am volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte Reichsernährungsminister Dr. Fehr, die Brotversorgung sei für die nächste Zeit gesichert. Am 5. Oktober aber müsse der Brotpreis wesentlich erhöht werden. Jeder organisierten Obstruktion gegen die Getreidemenge werde er mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Da die diesjährige Ernte nicht befriedigend ausgefallen sei, sei sparsamster Verbrauch geboten. Man erwäge ein Verbot der Herstellung von Starbier. Die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereten müsse mindestens auf das Kontingent des Vorjahres eingeschränkt werden. Ein Verbot der Herstellung von Süßigkeiten, Likören und Schaumweine aus inländischem Zucker werde erwogen.

Das braunschweigische Staatsministerium hat an den Reichsernährungsminister das Ersuchen gerichtet, schleunigst zu prüfen, welche Maßnahmen gegenüber der maßlosen Teuerung und dem Wucher zu treffen sind. Dem Wunsche der Landesregierung würde es entsprechen, wenn alle diesbezüglichen Punkte spätestens auf der am 4. und 5. September in Hamburg stattfindenden Konferenz der Ernährungsminister erörtert würden.

## Gegen den Wucher mit Margarine.

Am demselben Tage, wo der Dollarkurs von rund 1800 auf 1450 herunterging, wurde eine Preiserhöhung für Margarine um volle 110 Mark pro Pfund, d. h. auf 240 bis 280 Mark, je nach Qualität, bekannt. Da vor dem Kriege der Großhandelspreis für ein Pfund Margarine 52 Pf. war, ist damit fast der 500fache Vorkriegsstand der Margarinepreise erreicht. Die Preissteigerung steht also in keinem Verhältnis zum Dollarkurs, der bei einem Stande von 1450 etwa die 350fache Höhe erreicht hat. Bekanntlich steht die deutsche Margarineindustrie überwiegend unter dem Einfluß holländischen Kapitals. Es ist unerträglich, wenn Kapitalisten die Butter der armen Leute derart verteuern, daß sie der breiten Masse vollends unerschwinglich gemacht wird. Im Interesse der Nahrungsmittelversorgung des ganzen Volkes ist hier ein Einschreiten der Reichsregierung unbedingt erforderlich. Alle Maßnahmen gegen den Wucher müssen zur Erfolglosigkeit verurteilt bleiben, wenn der organisierte Wucher der Kartelle nicht einmal energisch unter die Birne genommen wird.

## Gegen den Ausverkauf Deutschlands.

Die in den letzten Wochen in den schlesischen Grenzbezirken, besonders in Breslau, immer härter wer-

rende Invasion ausländischer Ausländer, vor allem aus der Tschechoslowakei, hat nach einem Breslauer Telegramm des „Tageblatts“ die Behörden zu besonderen Maßnahmen veranlaßt. Der Santrat des Kreises Glatz fordert gesetzliche Unterlagen für ein strenges Vorgehen gegen die Ausplünderung deutscher Geschäfte. Der Oberstaatsanwalt in Reiche macht bekannt, daß er gegen jeden Gewerbetreibenden, der lebenswichtige Waren an Ausländer verkauft, wegen Beihilfe an verbotener Ausfuhr strafrechtlich einschreiten werde. Der Oberpräsident von Niederschlesien erließ eine Polizeiverordnung gegen den Ausverkauf an Ausländer.

## Heinrich Diez †.

Aus Stuttgart kommt die traurige Nachricht, daß Genosse Heinrich Diez am Montagabend im Alter von 79 Jahren gestorben ist.

Mit ihm geht einer der Ältesten dahin, dessen Name mit der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands untrennbar verknüpft ist. Diez war der Begründer und — bis zum letzten Tage seines Lebens — der Leiter des großen Stuttgarter Parteiverlages. Er nahm ein wirklich liebevolles Interesse an dem Schaffen der sozialistischen Wissenschaftler, und so verdankt ihm eine sozialistische Schriftenreihe ihre Entstehung, die in der Welt ihresgleichen nicht hat, die auf circa 70 Bände gediehene Internationale Bibliothek. Sie ist eines der stolzeften Denkmäler des geistigen sozialistischen Schaffens während mehr als eines Menschenalters, das Diez im Verein mit Autoren wie Engels, Debel, Kautsky und vielen anderen geschaffen hat.

Doch erschöpft sich Diez Wirken nicht hierin, er stellte der wissenschaftlichen Bibliothek des Sozialismus auch die wissenschaftliche Zeitschrift des Sozialismus zur Seite, die „Neue Zeit“, die der Fortentwicklung und der Vertiefung der sozialistischen Wissenschaft diente. Daneben hat er noch zahllose Einzelwerke unserer Besten, die Hauptwerke von Marx, Engels, die Geschichte des Sozialismus von Mehring usw. herausgegeben. Auch der „Wahre Jakob“, zugleich der Satire und der Unterhaltung dienend und von Hunderttausenden von Arbeitern gelesen, war sein persönliches Werk, an dem er bis an sein Lebensende Anteil nahm.

Genosse Diez wurde am 8. Oktober 1849 in Ulbed geboren. Von Hause aus war er Buchdrucker. Unter dem Sozialistengesetz wurde er aus Hamburg ausgewiesen und wandte sich nach Stuttgart, wo er den Verlag gründete. Dem Reichstag hat Genosse Diez lange Zeit angehört, von 1881 bis 1918, und zwar als Vertreter des 2. Hamburger Reichstagswahlkreises. Nach der Revolution kandidierte er wegen hohen Alters nicht mehr. Wohl aber hat er bis zum letzten Tage seines Lebens an seinem Lebenswerk, dem Verlage, gearbeitet, er ist in den Stufen gestorben. Die deutsche Arbeiterschaft betrauert in ihm einen ihrer Ältesten und besten Vorkämpfer.

## Mißlänge vom Katholikentag.

Der Deutsche Katholikentag, der sich sonst durch eine gewisse kühnere Würde auszeichnete, pflegte, hat diesmal eine eigenartige Härzung angenommen, die wohl nicht mit Unrecht auf den Tagungsort München zurückzuführen ist. Man hörte Schreien gegen die Republik, die getrost in Wettbewerb mit dem Treiben der nationalistischen Verbände München treten konnten. Eine besondere Leistung vollbrachte auf diesem Gebiet der Münchener Kardinal Dr. v. Faulhaber, der die Resolution des Meinleids und Hochverrats beschuldigte und in schärfsten Ausdrücken gegen die Weimarer Verfassung polemisierte. Vor kurzem konnte man es aus Zentrumsmunde ganz anders hören. Nach der Ermordung Rathenaus erkannte der Sprecher des Zentrums im Preussischen Landtage an, daß die Republik den Katholiken die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gebracht habe, die sie unter der Monarchie vergebens gefordert hätten. In einer öffentlichen Versammlung, die im Zusammenhang mit dem Katholikentag stattfand, sprach Dr. von Faulhaber wiederum im Geiste des Münchener Nationalismus, indem er gegen die „jüdische Freieinberlin“ wettete. Dazu Graf Verdenfelds Bemerking vor dem „angestammten Aulbergshaus“. — Dem Katholikentag wohnter auch eine Anzahl republikanischer Zentrumsminister bei. Mit welchen Gefühlen wohl?

# Was sie aus den Arbeiterorganisationen gemacht haben!

Nach der kommunistischen Zerspaltung der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften Frankreichs war die französische Arbeiterklasse die achtunggebietendste Kraft im Staat. Was aus der Spaltung nun geworden ist, das enthüllt man dem nachfolgenden Artikel des Sekretärs der kommunistischen Partei Frankreichs, Dr. J. R. L., der sitzt in dem kommunistischen Zentralrat, der „Humanité“, erschienen ist. Prof. L. schreibt:

Was für D a a r t a l e r sind wir! Was für arm-selige Plebsführer! Die Partei ist zur Reute der inneren Ablenkungen geworden. Die Richtungen bekämpfen sich, und wer hätte nicht schließlich seine Richtung für sich selber? Wer wäre nicht, im Hinblick der ganzen kommunistischen Wahrheit? Ihr heftigt nicht gleich wie ich darüber, was in einem Vierteljahrhundert nach dem Sieg der proletarischen Diktatur sich ereignet wird? Das genügt, um die Welt für sich zu lassen, mein Freund! Du hast dich verdächtigt gemacht. Die Partei-Wohlfahrt erwartet dich! Du wirst gehalten, daß man dich im Auge bedauert! Eine große Freundlichkeit, die Partei! Hör auf! Eine P e m p e t e n r i c h t u n g, die aus Mangel an anderer Beschäftigung sich selber demontiert! Das wird ihr auch gelingen, wenn man die Dinge so weiter gehen läßt! Es ist so viel leichter zu zerstören als aufzubauen! Man hat Jahre gebraucht, um ein Gebäude zu errichten. Ein paar Monate genügen, um es zu zerstören! Flend!

Während sich die Revolutionäre aller Richtungen gegenseitig die Gebeine aufstellen, während sich die Kommunisten untereinander zerreiben, während sich die Arbeiterbewegung in Unmacht befindet, organisieren sich die Bourgeoisie, sammeln ihre Kräfte, leisten ihre Mächtig. In der Fabrik erzwingt sie systematisch dem Arbeiter Vornachstellungen, längere Arbeitszeit, härtere Disziplin! Demgegenüber die Gewerkschaften zittern und Staub! Actus Grund, die zu demütigen!

Androhungen und Streiks hier und dort! Vor zwei Jahren (vor der Spaltung! F. R. H.) hatten wir die Initiative im Kampf. Rüstig sind wir zu einer mühsamen Verteidigung gezwungen. Im Jahre 1930 attackierte die Bourgeoisie vor uns. Heute besteht sie aus das Proletariat gebildet wiedergeboren. Unsere Politiker legen nieder oder fast nichts dazu, wie ein reaktionärer Minister sie schuldig! (Sch.) Sie haben nicht einmal die Frage der proletarischen Diktatur entschieden. Während sie darüber diskutieren, wer sie ausüben wird, haben sie die Diktatur vergessen, die der bürgerliche Staat ihnen aufzulegen!

Somit haben wir es gebracht! Nach der Meinung der einen befindet sich der Kommunismus in Gefahr, nach der anderen die Gewerkschaften! Oe, gute Leute, denkt doch etwas nach! Was ist in Gefahr, befindet sich die Revolution, und zwar ganz einfach durch die Schuld der Revolutionäre (oder was ich so nenn! Die R. H.). Wir nehmen die Rolle des Siegers an, weil es uns gelingt, in unserer Partei, oder Gewerkschaftsaktion eine Resolution durchzubringen. Nur daß sich die Partifaktion leert und die Gewerkschaftsaktion stirbt, während die eiserne Hand der bürgerlichen Diktatur ununterbrochen weiter. Wir sind im Begriff, die Einheit in der Partei zu erreichen durch das Nichts.

Wie also zu ersehen ist, darf sich die französische Kapitalistenklasse zu dem plötzlichen Einfall der Kommunisten, die Arbeiterorganisationen zu zerstören, gratulieren. Am Jahre 1920 attackierte die Bourgeoisie vor den Arbeitern. Heute, nach knapp zwei Jahren kommunistischer Zerspaltung, zittert die Arbeiterklasse vor der Bourgeoisie! Tadel hätte es die Bourgeoisie gar nicht notwendig, sich wegen der Zerspaltung der Arbeiterorganisationen in Unkosten zu tätigen und beispieldarstellerische Werke dafür zu kaufen. Sie überlassen die

Rollen der Moskauer Sowjetregierung und die S e r i e n a r b e i t den französischen Kommunisten.

## Das Moskauer Urteil ungültig.

Die Vertreter der Moskauer Urteile gegen die Sozial-revolutionäre Bewegung, das hat Urteil den Anhängern des „Volks“ gegeben, das durch seine Demonstration vom 30. Juni und seine Delegationen vor Gericht seinen Anspruch und seinen Anspruch auf Anerkennung hat. Was abgesehen davon, daß diese Demonstration eine sorgfältig vorbereitete kommunistische Aktion gewesen ist, bietet diese Einwirkung in das Verfahren selbst vom Standpunkt der Sowjetmacht einen vollkommen ausreichenden Grund zur Kassierung des Urteils. In den Anmerkungen an die Kassationskollegen des Obersten Tribunals über die Urteile zur Kasibung von Urteilen (Moskau 1933) heißt es:

Sur Verhinderung der Öffentlichkeit der Kassations-berichte bei den Kassationskollegen des Obersten Tribunals hat das Plenum des Obersten Tribunals beschlossen: Unabhängig vom Inhalt der Kassationsklagen ist es unbedingt notwendig das Urteil aufzuheben, wenn zur Kasibung am Prozess Personen zugelassen worden sind, die von den prozeduralen Normen nicht vorgeschrieben sind, d. h. Personen mit Ausnahme der Mitglieder des Gerichts, der Angeklagten, der Mithäter, der Verteidiger, der Zeugen und der Sachverständigen ferner in allen Fällen, wenn während der Gerichtsverhandlung Momente zugelassen sind, die von denselben prozeduralen Normen nicht vorsehrieben sind, und die auf das Wesen des Urteils Einwirkung haben oder haben könnten.

Diese Behauptung ist vollkommen klar. Das Ansetzen von Delegationen vor Gericht und der Ausschluss von Neben- und Mithäter, die Mitglieder des Gerichts, wie im Moskauer Prozess, sind nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Zivilprozedur als „Verfahren“, das die unbedingte Aufhebung des Urteils nach sich ziehen muß. Seine Aufrechterhaltung kann nur den Abgrund vertiefen, der sich zwischen den herrschenden Kreisen Sowjetrusslands und dem Proletariat der ganzen Welt aufgetan hat.

## Deutschoberschlesischer Besuch bei Pilsudski.

Der augenblicklich in Romonby weilende Staatschef Pilsudski empfing Sonntag den Vorsitzenden des deutschen Volksbunds von Weizenstein im Audienz. Dieser übermittelte dem Staatschef die Versicherung der Hochachtung und Ehrerbietung der deutschen Bevölkerung; der Staatschef möge glauben, daß die deutsche Bevölkerung nur den festen Willen habe, ihr Deutschtum zu bewahren und daß sie vollumfänglich auf dem Aufbau der Heimat fröhlich mitzuwirken. Pilsudski nahm die Versicherung der Loyalität des Volksbunds mit Dank an und gab seiner Genugtuung über dessen Bestrebungen nach einem Ausbruch der nationalen Gegen-sätze Ausdruck. Der Volksbund könne versichert sein, daß der Staatschef den Verdächtigungen der Presse keinen Glauben schenken und die Rechte der Deutschen nicht nur aus Achtung vor den internationalen Verträgen, sondern aus rein menschlicher Toleranz schützen werde. Die weitere Aussprache betraf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die deutschen Vertreter nahmen aus der Audienz den Eindruck mit, daß Pilsudski in seiner Person eine Gewähr für die Sicherung der Rechte der deutschen Bevölkerung biete.

Anfolge der andauernden, sich immer sichtbar machenden Feuerung in Oberschlesien, insbesondere in Ostoberschlesien, sind die Weichseln des im Industriegebiet gelegenen Cruden gestern vormittag in einen einseitigen Proteststreik eingetreten. Diese demonstrative Arbeitseinstellung erstreckte sich fast ausschließlich auf den polnisch gewordenen Teil des Industriegebietes.

## Sinnlose Quälereien und Grausamkeiten.

Aus Köln wird gemeldet: Auf eine Anfrage bei dem französischen General des Reichswiesens in Mainz, ob eine Verteilung von Eisenbeschämern, die infolge der Aufhebung Ober-Ober-Ober dort aberdahlig geworden sind, auf das

defekte rheinische Gebiet stattfinden könne, wurde geantwortet, daß die in dieser Hinsicht früher getroffene Entscheidung bestehen bleiben müsse. Durch diese wurde bestimmt, daß den Eisenbahnen, was wegen des besetzten Gebietes die Pflicht auferlegt wird, das amerikanische Eisenbahnsystem zu übernehmen oder im besetzten Gebiet Dienst zu tun. Eisenbahnen mit Ausnahme der Rheinischen sind unterworfen, und diese Entscheidung wird es als unzulässig gemacht. Durch diese Entscheidung wird es als unzulässig gemacht, die Bedienung der Eisenbahnen, die in der Rheinischen Besatzungszone waren, im besetzten Gebiet in Dienst zu stellen.

Weiter wird gemeldet: Der Truppenkommandant von Trier hat 40 französische Deutschen die Aufenthaltserlaubnis verweigert, obwohl es sich um einen großen Teil um ganz naive Wanderer, Frauen und Kinder früherer Bürger handelt. Der Ortskommandant sagt sich bei diesem Vorgehen auf einen Befehl des französischen Oberbefehlshabers, nach welchem zu abgehenden Deutschen der Aufenthalt von über 20 Tagen in einem von den Franzosen besetzten Stadt unterlag werden kann. Von dieser Verfügung, gegen die die deutschen Behörden entschiedenen Widerspruch erhoben haben, war bis jetzt wenig weidlich gemacht worden. In der Trierer Bürgerzeitung herrscht über die durch den Kommandanten verhängte Beschränkung der Freizügigkeit große Erregung. Die Spitzen der höchsten Behörden haben um Aufhebung der Anordnung gebeten.

## Der Generalstreik in Frankreich

Der auf Verleiben der Kommunisten für ganz Frankreich auferlegte ist, ist in Paris und den meisten Teilen Frankreichs völlig blank. Paris zeigte kein gewöhnliches Aussehen vor allem an den öffentlichen Dienststellen. Beförderungsmittel, Grundrührmaschinen, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung funktionieren. Post und Eisenbahn verkehren normal. Man merkt einige Ladetagefälle in Fabriken der Metallindustrie und einigen Papierfabriken.

Dagegen ist die Streikkontrolle im nördlichen Bergwerkbereich beinahe ausnahmslos befolgt worden. In verschiedenen Städten sind zahlreiche Arbeiter ausständig. In Lyon kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Beamte verwundet wurden.

Die bayerische Reichsregierung gegen Verdenfeld. Der bayerische Ordnungsbefehl in München und die ihm angeschlossenen Verbände beantworten das Verbot ihrer am vorigen Freitag geplant gewesenen Protestversammlung am Königsplatz mit einer „Kundgebung“, worin laut „München-Augsburger Abendzeitung“, u. a. gesagt wird, daß die bayerischen Minister, anstatt nach der Berliner Ohrfeige Schulter an Schulter mit und gegen Berlin zu protestieren, die Ohrfeige einstecken und zum letzten Mittel jeder wackigen Regierung greifen: zur brutalen Unterdrückung. Am Schluß heißt es: „Los von Berlin! Bayern voran im Reich!“

Amerikaner des Berliner Polizeipräsidenten. Der Polizeipräsident von Berlin Gen. Richter hat gestern Berlin verlassen, um in Amerika an einem internationalen Kongress der Polizeiverwaltungen teilzunehmen. Der Berliner Polizeipräsident folgt dabei einer beständigen Einladung des Polizeipräsidenten von New York. Er ist während seiner Reise und seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten Gast der New Yorker Polizeidirektion.

Ein Autor, der kein Honorar für seine Kriegserinnerungen will. Louis Berger hat das Erträgnis seines Buches über den Weltkrieg, das mit 100 000 Pfund Sterling angegeben wird, für wohltätige Zwecke bestimmt. In einer offenbar aus seiner Umgebung herrührenden Mitteilung wird gesagt, der Premierminister läßt sich außerhande, irgendeinen persönlichen Vorteil für sich selbst aus der Geschichte des Krieges und den Leiden der Nationen zu ziehen. — Wilhelm und Ludendorff dagegen haben mit ihren Schriften, die sie besonders gern in Amerika und England vertrieben haben, Millionenvermögen gemacht.

## Die Bedeutung der Segelflüge.

Aus Köln wird geschrieben: Die profitorientierten Leistungen, die von deutschen Piloten in Segelflügen in der Höhe erzielt worden sind, müssen die allergrößte Aufmerksamkeit aller Beobachter auf sich lenken. Was man noch bis vor kurzem für phantastisch gehalten habe, das nämlich ein stundenlanges Flug im Segelflugzeug und die Rückkehr zur Abfahrtsstelle möglich sei, hebt sich als Tatsache vor uns. Während im Segelflug von mehr als zwei Stunden, wie sie bei den Segelflugwettbewerben aufzuweisen hat, sind bisher in keinem anderen Lande erzielt worden und stellen einen Rekord dar, der in diesem Gebiete Deutschland wieder an der Spitze der Nationen marschieren läßt. Das ist so eben die Antwort, die uns trotz aller wirtschaftlichen und politischen Glanz immer noch aufrechterhalten kann, daß wir Deutschen über ein so beträchtliches Maß von Energie und Ausdauer verfügen, daß wir an der Hofnung, und eines Tages an neuen Werten erheben zu können, nicht zu verzweifeln brauchen.

Was die praktische Bedeutung des Segelfluges betrifft, so läßt sich diese im augenblicklichen Entwicklungsstadium kaum ganz überschauen. Immerhin erlaubt die Tatsache, daß es möglich ist, unter gewissen Umständen viele Kilometer weit zu fliegen, ohne einen Motor als Antriebsmittel verwenden zu müssen, um die profitorientierten Leistungen für die Luftfahrt zu eröffnen. Gerade der Motor ist für das Flugzeug ein in vieler Beziehung hemmendes Moment. Nicht nur, daß die Ausstattungsgegenstände für einen leistungsfähigen Motor nahezu unvermeidlich sind, so wird der Betrieb auch durch die beträchtliche Belastung des Antriebsmittels behindert. Falls der Motor versagt und mit ihm auch der Balken des Betriebsmittels, dann können die Flugzeuge außerordentlich leichter gebaut werden, wodurch sich nur eine beträchtliche Verbesserung, sondern auch größere Ausdauer ermöglichen werden. Soll das Flugzeug überhaupt ein populäres Antriebsmittel werden, dann ist dies nur auf diesem Wege möglich.

Zeitlichverhältnis ist nicht daran zu denken, daß das Segelflugzeug das Antriebsmittel eines Tages werden

lassen werde. Beide Sandstücken werden sich selbst unter günstigen Umständen und unter bestimmten Umständen aber weiter bewähren lassen. Ein regelmäßiger, pünktlicher Betrieb wird auch in der Zukunft nur mit den Apparaten der höheren Klasse möglich sein. Aber als Sportapparat wird das Segelflugzeug sich bald allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Denn auch die persönliche Ausbildung des Fliegers führt beim Motorflugzeug nicht unterschätzt werden darf, so liegt es doch auf der Hand, daß bei einem Apparat, der ganz auf den Willen und die Führung des Führers eingestellt ist, wie das Segelflugzeug, an das sportliche Können des Führers noch ganz andere Anforderungen gestellt werden müssen. In dieser Hinsicht ist ein Vergleich mit dem Segelflugverkehr, wobei dieser bei weitem nicht soviel Schwierigkeiten zu überwinden hat wie der motorisierte Fliegen im Luftmeer.

Im Ausland wird nach den neuesten Nachrichten gemacht, am Unter den Segelfliegern des Aben-Wettbewerbes sind ausländische. Wie man sich erinnern wird, spielt die Größe und Stärke der Motoren der Flugzeuge bei den und durch die Natur der Leistungen, die sie nicht nur unerschöpflich leisten. Es sind uns in dieser Beziehung ganz bestimmte Beispiele aufzufassen, die wir nicht überschätzen dürfen. Zeitlichverhältnis ist nicht soviel Schwierigkeiten zu überwinden hat wie der motorisierte Fliegen im Luftmeer.

Kampf mit einer Pythonische. Eine aufregende Szene spielte sich kürzlich an Bord des in Aberdeen vor Anker liegenden deutschen Dampfers „Melissa Kaper“ ab. Der Dampfer hatte eine Ladung großer Mischungen, die aus Indien kamen und für europäische Zoologische Gärten bestimmt waren. Darunter befand sich auch eine etwa 10 Meter lange Pythonische. Die Mannschaft des Schiffes hofft den Dampfer, die Schlangen, an den Käfigen nach den Vorschriften zu überführen, in denen sie weiterzubehalten werden sollten. Die Tag konstant und abends werden bereits untergebracht, und die Reibe war jetzt an der gefährlichen

Eigerische, die ein Matrose namens Dumeril in einem Torer auf Deck trat. Dabei ging der Deckel auf, die Schlange kletterte auf den Mann, erwischt eine seiner Hände mit den Zähnen und brachte ihm eine tiefe Wunde bei. Nach einem verzweifelten Kampf gelang es dem Angegriffenen, sich freizumachen, und der Schiffsarzt ging sofort daran, das Gift aus der Wunde zu entfernen, so daß aller Voraussicht nach schlimmere Folgen nicht zu erwarten sind.

Alkohol und Leistung. Die Münchener medizinische Wochenchrift berichtet über interessante Versuche, die in der Preussischen Volkshochschule für Leistungsübungen in Spandau angestellt worden sind. Es erhielten vor einem 100-Meter-Rausen oder 100-Meter-Schwimmen von je 12 Mann sechs 7 Gramm 86prozentigen Alkohol, sechs andere einen ihnen unbekanntem Erziehungstrank. Es wurden nicht die Leistungen der einzelnen an verschiedenen Tagen verglichen, sondern die Leistungen einer Mehrzahl von Leuten am Unterhaltungstage mit ihrer nächsten besten Durchschnittleistung. Das wurde geschehen, weil die Leistungen des einzelnen an verschiedenen Tagen von äußeren (Witterung, Wind) und inneren (Stimmung, Übung) Faktoren abhängig ist. Die Ergebnisse des Alkohols geschah einige Minuten vor dem Start. Es ergab sich, daß die sportliche Leistung beeinträchtigt, und daß die Meinung falsch ist, daß kleine Mengen von Alkohol die sportliche Leistung anregen. Das gleiche läßt sich ohne weiteres auf die Arbeitsleistung übertragen.

Ein Schloss als Hindereholungsbehälter. Das Schloss von Grotthaus in meißelnden Mauern wie für die Umwälzung durch und erschaffen weißes Holz und Stein am See gelassen, durch die die Revolution gelegentlich einem Glücke der Personlichen Dämme von Utschul zur Erholung und Arbeit in ähnlichen Zusammenhängen, die im abgesehenen Entwicklungsstadium wenig Bedeutung fanden. Jetzt, nach der Revolution ist das Schloss der einzige Ort, ein Hindereholungsbehälter, der als ein Hindereholungsbehälter zu mehrschichtiger Kräftigung seiner Bestimmung dienen soll.

## Die unzulängliche Wohlfahrtsfürsorge.

Um die Rückzahlung der unzulässigen Abzüge. — Maßnahmen zur Rentnernet. — Annahme der neuen Beamten-Besoldungsordnung. — Verabschiedung kleiner Steuervorlagen. — Mißstände im Fahrwesen.

Bei Anwesenheit von 20 Stadtverordneten wurde die Sitzung vom Stadtverordnetenvorsteher Kernth eröffnet. Nach Erledigung einiger Wahlen fand die

Eröffnung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten

zur Beratung. Stadtv. Meinte (Dtnt.) wünschte eine schnellere Auszahlung der Gehältern an Beamte, Angestellte und Ruhegehaltsempfänger. Er legte eine Entschließung vor, daß im Falle der Übernahme des deutschen Gesetzes vom 17. Dezember 1920 über Zahlungen an Ruhegehaltsempfänger für den Arbeitsfall gesondert wird.

Stadtv. Lange (Dtnt.) verlangt Auskunft, woher die für die Vorlage gebrauchten Mittel genommen werden.

Senatspräsident Dr. Klein antwortete, daß die Regelung der Danziger Beamtengehälter in Anlehnung an die deutsche Gesetzgebung erfolgt. Es lagen Beschlüsse vor, daß im Anschluß an die deutsche Regelung die Auszahlungen in Danzig erfolgen bei den städtischen Beamten mit Zustimmung des Kommunalausschusses, bei den städtischen Beamten mit Zustimmung des Hauptauschusses. Die zuständigen Körperschaften sollen dann nachträglich ihr Einverständnis erklären. Die Finanzlage der Stadt sei außerordentlich schwierig. Die Deckung der Ausgaben, die durch die Vorlage entstehen, soll durch eine Vermögenssteuer und eine Veränderung in der Einkommensteuer erfolgen. Die zur Auszahlung benötigten Mittel seien bereits sichergestellt. In Deutschland hat man beschlossen, den

Teuernachschuß auf 300 Prozent zu erhöhen.

In Danzig werden die neuen Besätze noch in dieser oder Anfang nächster Woche zur Auszahlung kommen. Das Gesetz über die Besätze der Ruhegehaltsempfänger sei in Vorbereitung.

Die Aussprache war damit beendet. Die Vorlage und die Entschließung Meinte wurden angenommen.

Für die Beschaffung einer Präzisions-Schnell-Drehbank für die Automobilwerkstatt wurden 50.000 Mk. nachbewilligt, da für letzterzeit bewilligten 70.000 Mk. eine geeignete Drehbank nicht zu haben war.

Die unzulänglichen Fahrverhältnisse am Krantor.

Der Senat beschl. die Tarife der städtischen Fahrten um 100 Prozent und die Fahrt für die Kranortsfahrt von 7000 Mark auf jährlich 21.000 Mark zu erhöhen.

Stadtv. Lange (Dtnt.) befürwortet die Erhöhung eines neuzeitlichen Fahrbetriebs am Krantor.

Stadtv. Brunzen I (Dtnt.) machte darauf aufmerksam, daß die Bootsfahrt am Krantor manchmal wochenlang nicht im Betrieb ist.

Ein Senatsvertreter antwortete, daß die Eröffnung einer Dampfmaschine Schwierigkeiten machen werde. Mit den Vorarbeiten zur Verbesserung der Fahrverhältnisse sei begonnen worden. Der letzte Pachtvertrag laufe bis zum nächsten Frühjahr.

Stadtv. Dr. Büschke (Dtnt.) wies darauf hin, daß bei der Fahrt in Reichelshöhe nur ein Boot im Betrieb sei. Der starke Verkehr mache aber die Benutzung beider Boote notwendig.

Die Vorlage des Senats wurde angenommen. Ohne Aussprache wurde auch der Erhöhung der Stand- und Kellergebühren in der städtischen Markthalle, sowie der Standgebühren auf den Wochenmärkten zugestimmt. Eine Vorlage betraf

die Erhöhung der Hundesteuer.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. Pl.) empfahl die Annahme der Senatsvorlage, da die schwierige finanzielle Lage der Stadt erhöhte Einnahmen notwendig mache. Die Erhöhung hätte schon früher erfolgen können.

Stadtv. Scheller (Dtnt.) trat dafür ein, die Hunde ohne Marke mehr als bisher wegzulassen.

Stadtv. Brunzen I (Dtnt.) beantragte, die Anmeldefrist für Hunde von 15 Tage auf 3 Tage herabzusetzen. Ferner brachte er den Antrag ein, daß Besitzer von mehr als 3 Hunden nicht mehr als 2000 Mark, sondern für jeden Hund 2400 Mark Steuern zahlen.

Finanzrat Rodenacker versprach, die Kontrolle besser zu gestalten. (Zuruf: Muß ein Oberregierungsrat angestellt werden!)

Die Anträge Brunzen wurden angenommen, ebenso die so geänderte Vorlage des Senats. Die Hundesteuer beträgt demnach für 1 Hund 600 Mark jährlich, für den zweiten Hund 1200 Mark, für den dritten 1800 Mark, für jeden weiteren Hund 2400 Mark.

Die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer führte zu einer längeren Aussprache.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. Pl.) trat für die 100prozentige Erhöhung der Schankkonzessionssteuer ein, weil die Stadt Geld gebrauche. Der Kommunalausschuss habe die Vorlage angenommen. Redner wies dann darauf hin, daß im Reich

ernte Maßnahmen gegen die Schlemmerlokale

getroffen werden. Auch in Danzig werden die Schlemmerlokale mehr und mehr ein Vergnügen für die Bürgerschaft. Derzeitige Vergnügungskstätten geben ein falsches Bild von der Lage der Bevölkerung. In Preußen hat man beschlossen, neue Konzessionen grundsätzlich nicht zu erteilen. In Danzig solle man bei der Erteilung neuer Konzessionen vorsichtiger sein. Die Absicht des Senats, die Schlemmerlokale zu besteuern, sei aufhebend wieder aufgegeben worden.

Stadtv. Brunzen I (Dtnt.) hatte gegen die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer nichts einzuwenden, beantragte aber, daß der Verein der Gastwirte nicht gutachtlich geäußert werden. Redner beantragte deshalb Vertagung der Vorlage.

Finanzrat Rodenacker erwiderte, daß die Vorlage dem Steuerausschuß der Handelskammer vorgelegt und von ihm gutgeheißen worden sei. Der Vertagungsantrag sei deshalb abzulehnen. Die Hochrentner werde in kurzer Zeit vorgelegt.

Stadtv. Kuhn (R.) erklärte sich für den Vertagungsantrag, damit den Interessenten Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werde. Die Handelskammer sei nicht die Vertreterin des Gastwirtsberufes, das in ungehöriger Weise durch allerlei Polizeiverordnungen schikaniert werde. Den Fremdenverlei darf man nicht erschöpfen.

Stadtv. Schlemann (Dt. Pl.) betonte, daß Danzig überreichlich mit Schankstätten gesegnet sei. (Zuruf: Sehr richtig!) Es sei deshalb zu befragen, daß die Einrichtung neuer Schankstätten erwidert werde. Der Stadtausschuß gehe bei der Konzessionserteilung manchmal sonderbare Wege. In vielen Fällen seien neue Konzessionen erteilt worden, trotzdem sich Polizei, Wohlfahrtsamt und die Anwohner dagegen ausgesprochen haben. Redner hat die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Scheller (Dtnt.) erwiderte, daß eine Reihe Gaststätten eingegangen sei, nicht einmal der zehnte Teil sei durch Neukonzessionen wiedererstanden.

Stadtv. Ven. Vorherr sprach sich für die Besteuerung der Schlemmerlokale aus. Dem Alkoholismus bekämpfe man am besten durch Schaffung menschenwürdiger Wohnungen.

Die Aussprache war damit beendet. Der Vertagungsantrag wurde angenommen.

Die Betriebsverpflichtungssteuer

wurde vom Stadtv. Kuhn (R.) als ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung bezeichnet. Die Vorlage bedeute nichts anderes als die Erhöhung der Selbstständigkeitssteuer und sei Protektionismus gegenüber den eingewanderten Firmen, die ein Interesse daran hätten, ihre Monopolstellung zu behalten. Es sei unklar, jede Geschäftsbearbeitung mit 50.000 Mark zu besteuern. Die kommunalistische Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Stadtv. Brunzen I (Dtnt.) bezeichnete die Ausführungen des Stadtv. Kuhn als maßlos übertrieben. Eine Änderung der Gewerbesteuerbestimmung habe bedur. In den allermeisten Fällen wird die Steuer 1000 Mark betragen.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. Pl.) betonte die Notwendigkeit der Erhöhung neuer Steuererlöse, deshalb müssen auch Steuern beschlossen werden, die unzulässig sind.

Stadtv. Kuhn (R.) beantragte, daß auch Ummantelungen unter die Steuer fallen sollen.

Finanzrat Rodenacker erwiderte, daß die Ummantelungen von Firmen sehr häufig erfolgen, es sei durchaus berechtigt, in diesen Fällen die Steuer zu erheben.

Stadtv. Kuhn (R.) wandte sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Dr. Herrmann. Wenn die Finanzlage der Stadt wirklich so schlecht sei, habe der Senat die Pflicht, die Gesamtheit der Stadtverordneten und des Volkstages zu informieren.

Der Antrag Winter, die Umgründungen von Firmen nicht zu besteuern, wurde abgelehnt, die Vorlage des Senats dann unverändert mit 24 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ohne Wortmeldung wurde die Erhöhung der Freilagengebühren beschlossen und für den Umbau des alten Gerichtsgebäudes zwischen dem Altküch. Rathaus und der Elisabethstraße 2½ Millionen Mark bewilligt. Es folgte dann die erste Beratung des Haushaltsplans des Stadttheaters für 1922 und die Vereinfachung von Mitteln zu häuslichen Maßnahmen im Interesse der Feuersticherheit. Der neue Vertrag mit dem Direktor des Stadttheaters wurde genehmigt.

Eine Anfrage des Stadtv. Scheller (Dtnt.) betraf die Straßenreinigung und Müllabfuhr.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Polizei verlangt, daß die Straßen am Sonnabend gereinigt, der Schmutz jedoch bis zum Montag im Haus aufbewahrt werden. Redner richtete an den Senat die Anfrage, ob diese unsinnige Verordnung aufrechterhalten bleiben soll.

Der Leiter der Straßenreinigung, Eisner, versprach Änderung der Vorschriften.

Die Eigenmächtigkeit des Wohlfahrtsamtes.

Von den drei Pfortparteiern lag folgender Antrag vor: Die den Invaliden- u. u. u. Rentenern gelegentlich der Nachzahlung der Invalidenrenten abgezogenen Gelder bis her gemacht. Abzüge für durch das Wohlfahrtsamt geleistete Geld- oder Naturalunterstützungen sind den davon Betroffenen zurückzahlen. In Zukunft sind derartige Abzüge zu unterlassen.

Stadtv. Schmidt (R.) begründete den Antrag und wies darauf hin, daß die Mehrheit der letzten Stadtverordnetenversammlung sich dafür einig war, daß den Invalidenrentnern die Abzüge zurückgezahlt werden sollen. Selbst wenn diese Beträge nun zurückgezahlt würden, seien die Invaliden durch die Geldentwertung geschädigt.

Senator Dr. Schwarz erwiderte, daß die Abzüge an Recht gemacht worden seien. Nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes könnten von der Rückzahlung aller Beträge abgezogen werden, die aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind. Es komme dafür die Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai in Frage. Wenn die abgezogenen Summen jetzt zurückgezahlt würden, dann seien diejenigen Renten, die vorher nicht erhalten hätten, geschädigt. Redner hat den Antrag der Pfortparteiern abzulehnen.

Stadtv. Schmidt (R.) erklärte, daß verarmte Arme auf dem Wohlfahrtsamt schlechter behandelt werden, als wie die große Masse der Armen, die sich erst an das Armenamt wenden, wenn der Hunger ihn überhandnimmt. Er hat dem Antrag der Pfortparteiern zugestimmt.

Stadtv. Prawn (R.) brachte folgende Entschließung ein:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Senat zu ersuchen:

den Betrag, die auf Grund des Reichshandelsgesetzes v. 10. 8. 22 für Unterhaltungen abgezogen sind, die nicht der Bestreitung des laufenden Unterhalts dienen, den Beträgen zurückgezahlt werden!

Daß eine Rückzahlung auf Antrag auch in allen solchen Fällen erfolgt, in denen nach Lage der Umstände der Rückzug eine Härte bedeuten würde.

Stadtv. Kuhn (R.) glaubte das Wohlfahrtsamt gegen die erhobenen Vorwürfe verteidigen zu müssen. Die Erklärung für den Antrag Prawn.

Stadtv. Büschke (Dtnt.) trat ebenfalls für den Antrag Prawn ein. Bei Annahme des Antrages der Pfortparteiern würden die Invalidenrentner unrichtig behandelt.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) betonte, daß nur bei den Invaliden gesparrt wird. Er verlangte eine sofortige Hilfsaktion, durch die die ärmere Bevölkerung mit verdienstlichen Lebensmitteln und Brennmaterial versorgt wird. Weiter verlangte der Redner die Erhöhung der Unterstützung der Armegehaltsempfänger. Mit. müsse erwogen werden, ob stehlen Leute eine Ermäßigung des Gaspreises zugebilligt werden könne. Weiter müsse der Begriff der Bedürftigkeit festgelegt werden.

Stadtrat Dr. Mayer antwortete, daß für die Bedürftigkeit eine Einkommensgrenze nicht festgesetzt sei. Der Antrag Prawn sei annehmbar. Stadtrat Dr. Mayer befragte sich dann bitter über die Kritik der Danziger Volksstimme an dem Wohlfahrtsamt. In der vorigen Sitzung sei vom Stadtverordneten Hof gegen den Generalvormund Petereli der Vorwurf erhoben worden, daß er die Anträge für die ihm unterstellten Ämter nicht rechtzeitig gestellt habe. Es sei nun festgestellt worden, daß für sämtliche Ämter des Herrn Petereli die Anträge rechtzeitig gestellt worden sind, mit Ausnahme von zweien, aber die früher Herr Reel Vormund war. Man habe geglaubt, Herr Reel werde die Anträge stellen.

Stadtv. Schmidt (R.) erklärte, daß die Organisation des Wohlfahrtsamtes verfehlt sei. Man solle nicht soviel Geld für Ermittlungen ausgeben, sondern das Geld zur Binderung der Not verwenden.

Stadtv. Genoffin Symanski wies darauf hin, daß auch bei den Armenkommissionen vorstehern große Erregung über die Praxis des Wohlfahrtsamtes herrsche. Man habe auch bisher geglaubt, daß das Wohlfahrtsamt eine soziale Einrichtung und kein Abrechnungsgeschäft sei. Tatsache ist aber, daß monatliche Zahlungen von 10 Mark gegeben werden, bei deren Abholung zwei Stunden gewartet werden muß. In der letzten Sitzung der Armenkommission vorstehern wurde darauf hingewiesen, daß man bei verzögerten Armen nicht so viel prüfen solle. Man möge sich bei diesen Armen jetzt auch nicht viel prüfen und den Antrag annehmen.

Von Stadtv. Fräulein Mayer (Dtnt.) ging ein Antrag ein auf Abkung eines Ausschusses zur Bekämpfung der Not für den kommenden Winter. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt.

Stadtv. Fräulein Fuhrmann (Dtnt.) erklärte, daß die Ermittlungen nicht stark genug sein können. Es müsse auch ein Unterschied gemacht werden zwischen denen, die oft zum Wohlfahrtsamt gehen und solchen, die zum ersten Male an das Wohlfahrtsamt herantreten.

Stadtv. Fräulein Mayer (Dtnt.) begründete ihren Antrag. Es müsse etwas geschehen, um die Bevölkerung vor der Not des kommenden Winters zu schützen, damit nicht unangenehme Ereignisse eintreten.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) wies darauf hin, daß bereits ein Wohlfahrtsausschuß besteht, aber seit neun Monaten nicht getagt hat.

Stadtv. Ven. Grünhagen stellte fest, daß kein städtisches Amt so viel angefeindet wird, wie das Wohlfahrtsamt. Stadtrat Dr. Mayer habe schon als Vorsitzender des Gewerbegerichts gezeigt, aus welchem Holze er geschnitten ist. Schuld an den jetzigen Zuständen sind diejenigen Personen, die Dr. Mayer auf diesen Platz gestellt haben. Es ist ein Verbrechen, Personen, deren Bedürftigkeit festgestellt ist, mit monatlich 10 Mark abzuspülen.

Dafür können sie nichts kaufen. Solche Vorgänge sind jedoch charakteristisch für das soziale Verständnis des Mannes, der derartige Sätze äußert. Ermittlungen sind nicht zu vermeiden. Aber manchmal wird zuviel ermittelt. Von einem Angehörigen des Wohlfahrtsamtes wurde berichtet, daß er die Hilfesuchenden als "rotes Gefindel" bezeichne; dagegen müsse sofort eingeschritten werden. Vom Senat müsse man erwarten, daß er Dr. Mayer ein anderes Amt überträgt.

Stadtv. Dr. Büschke (Dtnt.) meinte, daß Dr. Mayer ein Zeichen von warmerherzigem Empfinden sei!

Der Antrag der Pfortparteiern wurde in namentlicher Abstimmung gegen den Bürgerblock abgelehnt. Der Antrag Prawn dann angenommen. Der Antrag auf Einsetzung des Ausschusses zur Binderung der Not wurde einstimmig angenommen. Damit war die Tagesordnung in öffentlicher Sitzung erledigt. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 1:30 Uhr.

## Danziger Nachrichten.

### Neue Lohnsätze im Tischlergewerbe.

Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Holzgewerbes ist auf Grund der Bestimmungen des Tarifvertrages mit Wirkung vom 26. Aug. 1922 auf die jetzt bestehenden Löhne ein weiterer Zuschlag (87,9 Prozent) auf die Löhne vom 21. Juli festgesetzt worden. Es erhalten darauf:

Handarbeiter über 22 Jahre 7,30 Mk., bis 22 Jahre 4,10 Mark; Hilfsarbeiter über 22 Jahre 4,00 Mark, von 20 bis 22 Jahren 3,90 Mk., von 18 bis 20 Jahren 1,65 Mk., von 16 bis 18 Jahren 0,70 Mk.; Handarbeiterinnen über 22 Jahre 8,45 Mk.; von 20 bis 22 Jahren 5,85 Mk., von 18 bis 20



Zusammenbruch oder Aufschlag.

Wiederum stehen die Zeitungen im Freistaat vor dieser Frage. Vom Starben der deutschen Presse ist mehrfach berichtet worden.

Die Not der Zeitungen hat einen doppelten Grund. Die Produktionsmittel aller Betriebe sind gestiegen.

Table with 2 columns: Date and Price. Rows include July 1914, July 1918, July 1919, etc.

Und für September soll das alte Papier bereits auf 20 Mark zu stehen kommen. Hierzu kommen für Danzig noch besondere Faktoren.

Die Danziger Tageszeitungen hatten vor dem Kriege durchschnittlich einen Bezugspreis von monatlich 60 bis 70 Pfennig.

Die Danziger Blätter haben bis jetzt vor diesem verwerflichen Schritt zurückgeblieben.

Ueber die Aenderung der Dienstbezüge der Staatsbeamten.

In dem Volkstage ein Gesetzentwurf ausgegangen. Danach soll in Uebereinstimmung mit dem Reiche der Ausnahmestellung zum Grundbesitz, zur Grundveräußerung, zum Erbschaftschlag, und zu den Kinderbeihilfen mit Wirkung vom 1. August 1922 auf 805 Prozent erhöht werden.

Wald & Holz. Die Holzpreise sind in den letzten Monaten stark gestiegen.

Polen gegen Danzigs Souveränität.

Die polnische Presse Danzigs hat erst nach einigen Tagen die Sprache gefunden, um zu der Entscheidung Stellung zu nehmen.

Der Hauptauschuss des Volkstages hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Vorlagen beschäftigt und eine Reihe von Beschlüssen gefasst.

Die Danziger Wohlfahrtspflege.

nahm wieder den größten Teil der Verhandlungen der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Anspruch.

Belanullich war in der vorgeschriebenen Stadtverordnetenversammlung allgemeine scharfe Kritik daran geübt worden, daß den Rechnern die Bezüge aus der Postkontrollabteilung gekürzt worden sind.

Die Debatte über die wirft Mäherer im Sitzungsbericht nachzulesen bitten, erwiderte sich wieder zu einer scharfen Auflage der Geschäftsführung im Wohlfahrtsamt.

Die Danziger Frauen in Wien.

unterliegen Jagell und Verhandlungen, die unter Leitung des Generalkonsulats des Kaiserreichs stattgefunden haben.

Juchacz für Lebensfähigkeit. Wegen fortgesetzten Diebstahls und Schleierei hatten sich vor der Senatskammer die Arbeiterinnen Helena S. und die Arbeiterin Maria S. in Danzig vor verantworten.

Schaustellungen in Neufahrwasser. Auf dem Opernplatz in Neufahrwasser hat der Senat einer Anzahl von Schaustellern des Danziger Dominiks die Erlaubnis erteilt.

Ueberraschende Wohnungsthebe. Am 27. Aug. 1922 gegen Abend lebte ein Bewohner eines Hauses am Fischwall von einem Diebstahl zurüch und mußte die Wahrnehmung machen.

Eine ehebrüchliche Ausbeziehung. Seiner Frau mit einem Taschenmesser einen gefährlichen Messerschritt am Hals beibringt hat der von ihr getrennt lebende Arbeiter Josef B.

Aus Schwermut erhängt hat sich in Neufahrwasser der 48jährige Arbeiter Friedrich Lange.

Diebstahl. Eingebrochen wurde in der Nacht zum Sonnabend in die Kellerwohnung des Arbeiters August Ludwig, Danziger Straße 10.

Juppel. Sonntagstrübe im Handelsgewerbe. Der Senat hat den Auftrag des Joppoter Kaufmännischen Vereins auf Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag abgelehnt.

Staschkeln. Diegeleibrand. Auf der zum Rittergut Staschkeln gehörigen Hegelei entstand in der Nacht zum Montag Feuer, dem das Hegeleigebäude zum Opfer fiel.

Table with 2 columns: Name and Address. Lists names like Zohesalle, Wieme Elisabeth, Fran Beria, etc.

Table with 2 columns: Item and Price. Lists items like Polnische Mark, Englischer Pfund, etc.

Paul Eger: „Adam, Eva und die Schlange“.

Der Wiener Paul Eger, weiland Darmstädter Intendant, hat sich als geschmackvoller Künstler erwiesen.

Doch dem Groß der Zuhörer ist genug damit gedient, ein tüchtiges Theater zu genießen, und das zu machen, ist Paul Eger, der sich in den „mühsamen“ Stücken auszuzeichnen scheint, glücklich.

Das Stück war der rechte Waff für das Joppoter Theater, das es als Ehrenvorstellung für Malin Salkere herausbrachte.

Somit hat an diesem Abend mit „Willy Burg“ das Theater, das als Jüder im Konflikt und in den Bewegungen die innere und äußere Verneinung des Wendlandes auf zur Durchführung brachte und in den Szenen des jüdischen Schwandens manche psychologische Feinarbeit leistete.

Wohlfahrtsamt. Das Eröffnungsprogramm am 1. September 1922 unter dem Patronat des Universitätsklinikums Joppoter.

# Aus aller Welt.

**Schiffkatastrophe in der Nordsee.** Bei heftigem Wetter wurde bei der Insel Horkum der Dampfer „Wagner“ von dem Dampfer „Lampke“ gerammt. „Wagner“ sank nach etwa 10 Minuten. Die gesamte Mannschaft wurde nach der „Lampke“ gerettet und blieb unversehrt.

**Schwerer Unfall bei der Eisenbahn.** Bei der Station ...

**Ein großes Erdbeben.** In der Provinz ...

**Der Antarktis-Expedition.** Die Expedition ...

**Ein Drama mit Tod und Verzweiflung.** In Berlin wurde ...

**Die Schiffsreise.** Die Schiffsreise ...

**Explosion in einer Waffenfabrik.** In der Waffenfabrik ...

**Wichtiges Verbrechen.** Bei einem in ...

**Wier Sozialisten in eine Anstalt.** In ...

**nach dem Innern Marokkos gebracht und dort ...**

**Die Stadt vom Hochwasser umgeben.** Durch ...

**Ein gefundenes Denkmal.** Das Schicksal ...

**Kredit zum Ankauf von Kartoffeln.** Der Stadtrat ...

## Kleine Nachrichten.

**Die Absperrung der Breslauer Holzarbeiter.** Das ...

**Streckenumbenennungen.** In ...

**Gefangenen-Schicksale.** Wenn ...

## BORG



Zemitz	28.8	28.8	Kurzbrück	+1.00	+0.98
Marthau	+0.92	+	Montaurspige	+0.48	+0.46
Ploch	+0.74	+	Pielich	+0.47	+0.46
Thorn	+0.60	+	Dirschau	+0.60	+0.58
Korbun	+0.54	+	Einlage	+2.30	+2.28
Culm	+0.49	+	Schleichenhorst	+2.66	+2.62
Graden	+0.65	+	Rogat	+	+
			Schnau O. P.	+6.64	+6.54
			Galgenberg O. P.	+4.62	+4.62
			Reuhorsterbusch	+2.24	+2.24
			Krawinkel	+	+

Verantwortlich für Vollst. Ernst ...

**Wilhelm-Theater**  
Freitag, den 1. Sept. 1922  
Premiere!  
„Sylvester Schäffer“  
der weltberühmte ...  
Weltstadt-Programm!  
Vorverkauf Gebr. Freyhaus

**Robert Ehmann**  
Altstädter Graben 5  
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wolllwaren  
Anterlionsen etc. Herrenmoder nach Maß  
Damen-Kostüme und Mäntel.  
Schnelle und Vorzug, noch günstigere Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen.

**Maschinenlehre, Abendschule**  
Möller, Danzig, Kasubischer Markt 23.  
Am 16. Oktober, abends 8 Uhr, beginnt ein 1., 2. und 3. Semester. Anmeldungen sofort.

**Seemaschinenschule**  
Möller, Kasub. Markt 23. Am 12. Oktober, abends 7 Uhr, beginnt Kursus f. Seemaschinisten, Fließmasch., Masch.-Assistenten. Anm., 201.

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

**Gebr. Divandede**  
mit dazu passender Wanddecke zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 805 an die Exp. Volksst.

**Vorzieh-Gardinen**  
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter E. 811 an die Expedition der Volksstimme.

**Ein sehr gut erhaltener Betten**  
zu kaufen gesucht. Angebote unter E. 849 an die Exp. d. Volksstimme.

**Ein kleines möbliertes Zimmer an sol. Herrn zu vermieten.** Angebote unter D. 644 an die Exp. Volksstimme.

**Zeitungsträgerinnen**  
Die selber austragen stellt ein Danziger Volksstimme  
Am Spendhaus 8.

**Zahn-Kranke**  
werden sofort behandelt. Neue Geräte, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.  
Dankschreiben über Schmerglosen Zahnziehen. Theodor Koppenhagen.  
Institut für Zahnleidende  
Telef. Weißerstadt 71 | Telef. 2821  
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

**Drucksachen**  
für behördlichen und privaten Bedarf

Massenaufgaben | Moderne Plakate  
in Rotationsdruck | in kürzester Frist

**Buchdruckerei J. Gehl & Co.**  
[„Danziger Volksstimme“] Danzig, Am Spendhaus 6

**Hüte**  
für Damen und Herren  
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit  
umgepreßt, gewaschen und gefärbt.  
Stroh- und Filzhut-Fabrik  
Hut-Bazar zum Strauß  
Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle).

**Gold-Damen-Uhr**  
zu verkaufen. Hühner, Japongasse 6, 2 Tr. r.

**Fach neuer Sportliegewagen u. Kinderkleppstuhl**  
zu verkaufen. Neumann, Soltraum 7.

**2 Bettgestelle**  
zu verkaufen. Schröder, Fildergasse 48 II.

**Kranzöl. Billard**  
nicht, mit allen Zubehör u. Eisenarbeiten zu verkaufen. Offert. mit Preis unt. V. 626 an die Exp. d. Volksstimme.

**Kl. Pfeilerpiegel**  
mit Konsole und Fußfederhalter  
zu verkaufen. Offert. mit Preis unt. V. 633 an die Exp. d. Volksstimme.

**Belgarnitur**  
(Steinmarbe) auch gebr. zu kaufen gesucht. Offert. unter V. 648 an die Exp. der Volksstimme.

**Alte Singer Nähmaschinen**  
zu kaufen gesucht. Zahlung bis 10000 Mk. Wer mit einer solche nachweist zahlte 2000 Mk. Off. unt. V. 647 an die Exp. d. Volksstimme.

**1 Stockkrücke**  
zu kaufen gesucht. Angebot mit Preis unt. V. 633 an die Exp. d. Volksstimme.

**Portier**  
für ein Privathaus gesucht. Flur- und Straßenreiner, Dampfheizung. Angebote mit Berufsangabe unter E. 592 an die Expedition Volksstimme.

**Schuhmacher**  
auf Reparaturen gesucht. Schreier, [7126] Vorstäd. Graben 67.

**Tücht. Stenographin**  
in allen Kontorarbeiten erfahren bei gutem Gehalt gesucht. Angebote mit Preis unt. V. 652 an die Exp. Volksst.

**Buchhalterin**  
poln. Sprache und Schrift erwünscht, bilanzlicher, per bald gesucht. Angebote mit Ang. d. h. Tätigkeit und Gehaltsanpr. unt. E. 612 an die Expedition der Volksstimme.

**Kontoristin**  
sucht Nebenbeschäftigung für die Abendstunden. Angebote unter E. 654 an die Exp. Volksst.

**Kontoristin**  
sucht saubere Schlafstelle oder als Mitbewohnerin zum 15. September. Angebote unter E. 651 an die Exp. Volksstimme.

**Sämtliche Malerarbeiten**  
werden gut und zu mäßig. Preis ausgeführt. Offert. unter V. 648 an die Exp. der Volksstimme.

**Großer Tennisschläger**  
zu kaufen gegen Decken oder gebraucht. Teppich. Offert. unt. V. 627 an die Exp. d. Volksstimme.

**Kl. Fuhren, Umzüge macht**  
Katergasse 21, 2 Tr.